



Cornelia Woll leitet seit diesem Jahr die Hertie School of Governance in Berlin.  
Foto Andreas Müller

In einer Zeit, in der viele Menschen am Nutzen der Wissenschaften zweifeln, obgleich vielleicht keine andere Zeit die Wissenschaften so sehr benötigt hat wie die unsere, setzt Cornelia Woll ein klares Zeichen. „Ich besitze eine tiefe Überzeugung von der gesellschaftlichen Relevanz der Sozialwissenschaften“, sagt die neue Präsidentin der in Berlin ansässigen Hertie School. Die Produktion wissenschaftlicher Erkenntnisse ebenso wie ihre Vermittlung an eine interessierte Öffentlichkeit hat sich Woll auf die Fahnen geschrieben. In gewisser Weise versteht sie sich als eine Brückenbauerin – nicht nur zwischen der akademischen und der politischen Welt, sondern auch zwischen Ländern.

Ihre Laufbahn begann in den Vereinigten Staaten, wo sie einen Abschluss an einer Highschool machte, dann aber länger als ursprünglich geplant blieb, um an der University of Chicago Politikwissenschaften und Internationale Beziehungen zu studieren. Dieses Fach war und ist ihre Passion. In ihrer Forschung hat sie sich vor allem mit Wechselwirkungen zwischen Politik und Wirtschaft befasst.

In ihrem Buch „The Power of Inaction: Bank Bailouts in Comparison“ untersuchte Woll 2014 in einem breit angelegten internationalen Vergleich die Machtverhältnisse zwischen Staaten und der Finanzbranche anhand der Bankenrettungen im Zuge der Großen Finanzkrise. Ihre These lautet: Die Fähigkeit von Banken, die Kosten der Rettungen auf den Staat und damit auf den Steuerzahler abzuwälzen, hängt von ihrer Fähigkeit ab, branchenübergreifende Verhandlungen mit dem Staat zu vermeiden. Auf diese „Kraft des Nichtstuns“ bezieht sich der Buchtitel.

In den Vereinigten Staaten war es der Regierung gelungen, die Vorstandsvorsitzenden der Großbanken zu einem Treffen nach Washington einzuladen. Dort wurden den in einem Raum versammelten mächtigen Finanzherren Kexse angeboten, verbunden mit der Aufforderung, gemeinsam nach Wegen aus der Krise zu suchen. Den Bankern missfiel diese Übung natürlich, aber am Ende knickten sie ein, worauf sich der Staat mit Vorzugsaktien an den Banken beteiligte, um ihnen vorübergehend zu helfen. Nach ein paar Jahren verkaufte der Staat die Aktien mit Gewinn. Auch für die Finanzbranche lohnte sich der ungewöhnliche Deal: Die amerikanischen Banken stehen seit einiger Zeit im Vergleich zu ihren ausländischen Konkurrenten besser da denn je.

Ein Gegenbeispiel bildet Deutschland, wo in Schwierigkeiten geratene Banken in Einzelaktionen zulasten des Steuerzahlers gerettet wurden. Seine Beteiligung an der Commerzbank hält der Staat noch immer. Und wenn er sie zum heutigen Kurs verkaufte, fielen ein Verlust und kein Gewinn an. Mit der Hypo Real Estate wurde eine im internationalen Vergleich nicht einmal sehr große Bank mit Unsummen stabilisiert.

In „Firm Interests: How Governments Shape Business Lobbying on Global Trade“ aus dem Jahr 2008 untersucht Woll das Verhalten amerikanischer und europäischer Unternehmen im Zuge der Liberalisierung der Märkte für Telekommunikation und Luftverkehr. Sie widerspricht der simplen Vermutung, mächtige Unternehmen hätten dem Staat freie Märkte abgetrotzt, um ihren Handlungsradius und ihr Gewinnpotenzial zu erweitern.

Indessen ist es so einfach nicht, weil Unternehmen mit einer starken Stellung auf einem abgeschotteten großen Heimatmarkt sich von einer Liberalisierung nicht zwingend Vorteile versprechen. Vielmehr liegt eine wechselseitige Beeinflussung vor: Unternehmen können es für sinnvoll erachten, Plänen von Regierungen oder – wie im Falle Europas – supranationalen Institutionen zuzustimmen, wenn sie sich von guten Beziehungen Vorteile versprechen.

In den vergangenen Jahren haben Unternehmen auf wenig rühmliche Weise international für Aufsehen gesorgt. Dieses Thema hat die Wissenschaftlerin Woll zu neuen Überlegungen inspiriert. „In meiner Forschung habe ich mich zuletzt mit der Bedeutung des Unternehmensstrafrechts für die Außenpolitik der Vereinigten Staaten befasst“, erzählt sie. „Über die Verhängung von Strafen für ausländische Unternehmen entstehen Anreize für andere Länder, ihr eigenes Unternehmensstrafrecht anzupassen.“ Daraus leiten sich Konsequenzen ab, die weit über die Unternehmensebene wir-

ken: „Konflikte zwischen Staaten werden damit zum Teil über Unternehmen ausgetragen. Das führt zu einer besonderen Verhandlungskultur.“

Angesichts einer anderen Rechtstradition tut sich Deutschland mit dieser Entwicklung allerdings nicht leicht. „Deutschland stellt einen Sonderfall dar, weil in Deutschland Unternehmen als Ganzes nicht straffähig sind“, erläutert Woll. „Die Idee, dass Unternehmen Verbrechen begehen und sich von Schuld freikaufen können, entspricht nicht der deutschen Rechtstradition.“

Entstanden sind Wolls Arbeiten überwiegend in Europa. Nach dem Masterabschluss in Chicago hatte es sie auf den alten Kontinent zurückgezogen. Zunächst war sie mehrere Jahre am Max-

Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln tätig, aber dann zog es sie in die französische Hauptstadt an das berühmte Institut d'études politiques de Paris – kurz „Sciences Po“ genannt. Ihre binationale Doktorarbeit verteidigte sie in Köln und in Paris; es folgte eine Habilitation in Bremen. Im Jahre 2012 wurde sie Professorin für Politikwissenschaften an der Sciences Po. Forschungsprojekte und Gastprofessuren führten sie unter anderem nach Frankfurt, Florenz, Washington und Boston, aber ihr Lebensmittelpunkt befand sich in den vergangenen 15 Jahren an der Seine. Neben der deutschen besitzt sie auch die französische Staatsangehörigkeit.

Jetzt hat sie die Seine und die Sciences Po durch die Spree und die Hertie School

ersetzt. „Hendrik Enderlein hatte mich kontaktiert und gefragt, ob ich mir einen Wechsel nach Berlin vorstellen könnte“, sagt sie. Enderlein, der im vergangenen Jahr im Alter von nur 46 Jahren nach einer schweren Krankheit verstarb, war über lange Zeit das Gesicht und das Aushängeschild der Hertie School gewesen.

Die Hochschule wurde im Jahre 2004 von der in Frankfurt ansässigen gemeinnützigen Hertie Stiftung in Berlin gegründet. In der Friedrichstraße und damit im Stadtzentrum ansässig, bietet Hertie mit annähernd 40 Professuren drei Masterstudiengänge an, die, vereinfacht ausgedrückt, den aus dem In- und Ausland stammenden Absolventen Kenntnisse in guter Governance vermitteln sollen. Zudem besitzt die Hochschu-

le, die sich als „Private School for Public Policy“ versteht, das Promotionsrecht. Die früheren Absolventen, die aus 80 Ländern stammen, arbeiten im öffentlichen Dienst ebenso wie in der privaten Wirtschaft oder in der Zivilgesellschaft. Die internationale Ausrichtung der Hertie School wird durch eine Zusammenarbeit mit ähnlichen Hochschulen in anderen Ländern unterstrichen.

Seit dem Frühjahr nimmt Woll in der Nachfolge Enderleins die Präsidentschaft der Hertie School wahr. Zudem hat sie dort eine Professur für Internationale Politische Ökonomie. Berlin bietet Woll die Chance, die unterschiedlichen Stränge der Arbeit von Politikwissenschaftlern zusammenzuführen. Ihr Studium in Chicago ebenso wie die Tätigkeit am Max-

Planck-Institut boten vor allem die Gelegenheit, die Theorie zu lernen. An der dortigen Fakultät stand die wissenschaftliche Arbeit im Vordergrund. Sciences Po diente bis vor etwa einem Vierteljahrhundert vor allem als französische Kadenschmiede und als Vorbereitung für den anschließenden Besuch einer Verwaltungshochschule wie der École nationale d'administration. Auch wenn sich Sciences Po seitdem ein Stück weit gewandelt hat, wirken die alten Traditionen noch nach. „Die Sciences Po war enger mit der Politik verbunden als die Hertie School. Im Gegenzug legt sie weniger Wert auf wissenschaftliche Forschung.“ Weil sie die Ausrichtung der Pariser Hochschule nicht für ausgewogen hielt, engagierte sich Woll dort auch in der Verwaltung der Universität.

Woll trat ihr neues Amt kurz nach dem Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine an. Seitdem hat das Interesse an (geo-)politischer Expertise in der Politik wie in Unternehmen deutlich zugenommen. Die geostrategischen Defizite der Energiepolitik der vergangenen zwei Jahrzehnte sind offensichtlich. Aber nicht nur für politische Krisen will Woll ein Angebot bereitstellen. Auch Themen wie der Klimaschutz oder die digitale Regulierung beschäftigen sie.

Manche Politiker klagen, es fehle in Deutschland an Thinktanks, wie man sie etwa in den Vereinigten Staaten zuhauf findet. Kann hier die Hertie School Unterstützung bieten? „Wir haben mit dem Jacques Delors Centre einen Thinktank an der Hertie School“, sagt Woll, fügt aber einschränkend hinzu: „Universitäten haben in ihrer Forschung aber andere Ziele und Zeithorizonte als Thinktanks, sodass wir herausarbeiten müssen, wie sich beides am besten ergänzt.“

Die Hertie School ist zwar deutlich kleiner als Sciences Po, aber sie besitzt nach Ansicht ihrer neuen Präsidentin viele Möglichkeiten. Eine aktivere Darstellung der an der Hochschule entstehenden Forschung soll es in jedem Fall geben: „Um ihre Relevanz unter Beweis zu stellen, müssen die Gesellschaftswissenschaften ihre Forschungsergebnisse in der Öffentlichkeit vorstellen. Hier kann auch die Hertie School, an der ja hochwertige wissenschaftliche Arbeiten entstehen, noch mehr tun. Die Entwicklung eines Policy Lab kann hierzu beitragen.“

Zwar war Enderlein in der Öffentlichkeit sehr präsent gewesen, auch wegen seiner engen Vernetzung in deutschen wie in französischen Machtkreisen. Aber jenseits ihres ehemaligen Präsidenten hatte die Hochschule in der Öffentlichkeit ein eher zurückhaltendes Profil besessen. Wie es anders gehen kann, zeigt gerade in diesen Wochen Lion Hirth, Inhaber einer Professur für Energiepolitik. Mit seiner Präsenz auf Twitter informiert Hirth Fachkollegen ebenso wie Journalisten fundiert und unaufgeregt über die energiepolitische Lage in Deutschland. Auch Woll nutzt Twitter.

In ersten Stellungnahmen aus dem Frühjahr hat Woll eine „inklusive Ausbildung“ als ein Ziel definiert. Zwar erhalten schon heute zahlreiche Absolventen Stipendien, aber eine Ausweitung der Angebote erscheint wünschenswert, um neben Bewerbern aus Europa, Nordamerika und Teilen Asiens auch mehr Bewerber aus Afrika anzusprechen.

Dafür braucht es Geld. „Wir müssen das Finanzierungsmodell der Hertie School optimieren. Wir sind zurzeit zu jeweils einem Drittel durch Mittel der Hertie-Stiftung, Studiengebühren und Projektmittel finanziert“, sagt Woll. „Um wachsen zu können, müssen wir unsere Fundraisingaktivitäten ausbauen.“

Cornelia Woll trägt die Überzeugung, dass zu guter Wissenschaft neben der Forschung die Verbreitung von Erkenntnissen, aber auch das Eintreten für gute wissenschaftliche Institutionen gehört. Das hat sie mit ihrem Vater Artur Woll gemeinsam. Der war nicht nur ein bekannter Ökonom und ein noch bekannterer Verfasser ökonomischer Lehrbücher. Er war auch als Gründungsrektor der Universität Siegen und als Gründungsbeauftragter des Studiengangs Betriebswirtschaftslehre an der Universität Düsseldorf tätig.

Auch wenn sie sich mit ihrer Familie in Paris wohlfühlt hat und Berlin selbst bei Berücksichtigung seiner Stärken in vielerlei Hinsicht anders als Paris bleibt, lässt sich doch festhalten: Cornelia Woll erweckt den Eindruck, angekommen zu sein.

# Die Präsidentin

Cornelia Woll kennt als Politikwissenschaftlerin Amerika und Europa. Jetzt will sie die Hertie School in Berlin in die Zukunft führen.

Von Gerald Braunberger